

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Bezugspreis: monatlich 225 h einschließlich Dringerricht. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: für die 8 gepaltene Colomelzeile oder deren Raum 60 h. Reklamezeile 200 h.

Rotations-Druck und Verlaag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich. — Redakteur: Paul Jorisch in Viebrich a. Rh. — Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 112

Dienstag, den 21. September 1920.

Postfach 112
Hochheim (Main) Nr. 112.

14. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 329.

Bekanntmachung.

Um den Wintern auch in diesem Jahre die Herstellung von Tresterwein als Hausmittel zu ermöglichen, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine mögliche Zuckermenge zur Verfügung gestellt.

Die Abgabe des Zuckers erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Zucker darf nur zur Herstellung von Hausmittel verwendet werden.
2. Soweit er nicht hierzu verwendet wird, muß er an den Kreis zurückgeführt werden, da er weder für andere Betriebszwecke noch in der Hauswirtschaft verwendet werden darf.
3. Die bestimmungsmäßige Verwendung des Zuckers wird vom Kreis überwacht. Der Bezugsnehmer ist verpflichtet, die Ueberwachung zu befestigen und zu diesem Zwecke auch von ihm geforderte Auskünfte zu erteilen.
4. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit einer Vertragsstrafe von 100 Mark für jeden einzelnen Fall geahndet.

Entscheidungen auf Zuteilung von Tresterweinzucker sind durch Vermittlung des Bürgermeisters bis zum 1. Oktober d. J. einzureichen. Später eingehende Anträge finden keine Berücksichtigung.

Wiesbaden, den 17. September 1920.
Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Schmitt.

Nr. 330.

Im Einvernehmen mit den Herren Kreis- und Schulinspektoren ist die Herbstferien für die Volksschulen fest:

- Hochheim vom 20. Sept. bis 9. Okt. einschließlich.
- Erbenheim vom 20. Sept. bis 9. Okt. einschließlich.
- Georgenborn vom 22. Sept. bis 19. Okt. einschli.
- Wiesbaden vom 20. Sept. bis 13. Okt. einschließlich.
- Wiesbaden vom 20. Sept. bis 13. Okt. einschließlich.

Der Vorstand.

Nichtamtlicher Teil.

Preussische Landesversammlung.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge.

Auf eine Anfrage des Abg. J. A. S. (Soz.) wegen Anträgen für die Fremdenlegion im Rheinland erklärte ein Vertreter der Regierung, das Einverständnis der preussischen Behörden im besetzten Gebiet sei sehr schwierig. Das Vorliegen strafbarer Handlungen sei sehr schwer nachzuweisen. Die Staatsregierung werde im Einvernehmen mit den Reichsbehörden alles Erforderliche tun, um strafbare Anwerbungen unmöglich zu machen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anfragen schloß das Haus zur Beratung des gemeinsamen Antrages aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, die friedliche Berufstätigkeit der Unabhängigen in der Provinz Oberloos zu fördern und dafür zu sorgen, daß die Volkswirtschaft in Oberloos gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles unbeeinträchtigt von sozialer und politischer Unruhe und vor allem Deutschland und Preußen davon unberührt bleiben, daß die für andere Wirtschaft und Gewerbe unentbehrliche Provinz Oberloos ohne Abhängigkeit von den Polen gewaltfrei entlassen wird.

Die Aussprache schloß mit der Annahme des eingebrachten Antrages.

Ein weiterer Antrag aller Parteien ausschließlich der Unabhängigen betraf das Sargegebiet der Staatsregierung, durch Vermittlung der Reichsregierung ausfindig zu machen, daß die Sozialversicherung vor der Beendigung der preussischen Freiheit geschützt werde, insbesondere die Sozialversicherung zurückzuführen sowie die durch den Friedensvertrag und wiederholte Erklärungen der Sozialversicherung garantierten Rechte und Freiheiten unbedingt sichergestellt werden.

Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag 2 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Ramentliche Abstimmung über das Reichsamtstrittsgesetz.

Tages-Rundschau.

Wehl und Milch.

Berlin. Wie die „Berliner Morgenpost“ erzählt, sind die Verhandlungen zwischen den deutschen und den amerikanischen Baderorganisationen wegen der Einfuhr des amerikanischen Wehles nicht abgebrochen, vielmehr besteht die Aussicht, daß ein großer Wehlkonzern in Minneapolis sich an der Lieferung von Wehl oder Getreide nach Deutschland beteiligen wird. Der Reichsernährungsminister Hermes hat auf der letzten Konferenz mit den Vertretern der deutschen Bader erklärt, daß er ein neues Angebot der Amerikaner prüfen würde. Bezüglich weiterer Transporte von Wehl sollten erst die Erfahrungen abgewartet werden, die im Stoff und auf der Wehl mit den bewährten 2500 Kuben gemacht werden. Anzwischen soll versucht werden, die amerikanischen Kreise von der Notwendigkeit der dringenden Einfuhr guten Wehlstoffs zu überzeugen.

Die Getreidewirtschaft.

am 18. September. Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich gestern mit der Getreidewirtschaft. Der Präsident der Reichsgetreidekasse, Geheimrat Kleiner, bezeichnete das Bild, das nach den bisherigen Feststellungen von der neuen Ernte zu erwarten sei, als sehr trübe. Die Roggenenernte habe fast überall im Reich stark enttäuscht. Die vom Ernährungsausschuß des Reichstages durchgeführte volle Freigabe des Deputats der Vordarbeiter anstelle der Festsetzung der von der Reichsgetreidekasse gewünschten Höchstmenge ergebe ferner einen Ausfall von einer halben Million T. für die allgemeine Wirtschaft. Es eröffne sich damit eine neue Quelle für den Schleichhandel. Die Reichsgetreidekasse schätze vorläufig die neue Ernte an Brotgetreide nur auf etwa 100 Millionen Tonnen. Die Anbaufläche für Brotgetreide habe sich um 7,35 Proz. vermindert. Die Weizenenernte werde als Mittelernte beurteilt. Im Ganzen bleibe das Ergebnis hinter dem Bedarf wesentlich zurück. Deshalb sei die Reichsgetreidekasse gegen die Erhöhung der Brotration, welche aber die Herabsetzung der Ausmahlung von 60 auf 55 Proz. zugehen, jedoch nur bei gleichzeitiger Brotreife von 10 Proz. Wir müßten im übrigen bis 2 Millionen T. Brotgetreide einführen, hauptsächlich aus Afrika. Bei einem Durchschnittspreis von 5000 M. für die Tonne werde diese Einfuhr allerdings zehn Millionen M. erfordern. Nach Ansicht der Reichsgetreidekasse müßten sie auf das Reich ganz übernommen und durch allgemeine Steuern aufgebracht werden. Die Anlieferung von Getreide, einschließlich Hafer, sei in diesem Jahre gegen das Vorjahr bis zum 15. September von 241 auf 257 T. gestiegen. Um schlimmsten deuten würde nicht der Ausfall der Ernte, sondern der Umstand, daß die Getreide auf dem Gebiete der öffentlichen Bewirtschaftung außerordentlich stark verzögert und die Anordnungen nicht befolgt würden.

am 18. September. Im Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung, der sich gestern mit der Getreidewirtschaft beschäftigte, erklärte der Vertreter der Regierung, daß im Wirtschaftsplan bereits die Freigabe der Rüben- und Melasse-Wirtschaft vorgesehen sei und daß die Freigabe der Zuckerwirtschaft im Herbst 1921 angeordnet werde. Der Unterausschuß nahm schließlich mit 13 Stimmen bei einer Enthaltung eine Entschließung Dr. Köhlers an, in der es heißt: Es ist grundsätzlich die Aufhebung der Zwangswirtschaft, insbesondere unter Schaffung einer Sicherung in bezug auf die Preisgestaltung der Zuckererzeugnisse aus der alten Ernte 1920, zum frühestmöglichen Zeitpunkt anzustreben. Aus der Rübenenernte von 1920 soll der bisherige Ration übersteigende Betrag zur Versorgung der Bevölkerung als Mund- und Genußzucker verwendet werden. Die Zucker verarbeitenden Industrien sollen das Recht erhalten, ihren Mehrbedarf durch die Einfuhr zu decken. Es ist nicht zu vernachlässigen, daß der Zuckerpreis zur Sicherung eines vermehrten Rübenanbaus und einer späteren Erhöhung der Zuckererzeugung erheblich erhöht wird. Die Zuckererzeugung hat zu unterbleiben.

Die Demission Deschanel.

Genf, 18. September. Präsident Deschanel wird nach seinem letzten Unfall sorgfältig bewacht, da seine Krankheit für sein Leben sehr gefährlich ist. Obwohl der Eisenbahnunfall am 23. Mai d. J., wie der letzte Fall ein Selbstmordversuch gewesen, die in neutralen Kreisen Bewusstseinslosigkeit unternehmen wurden. Als man den Präsidenten gestern aus dem Wasser des Kanals holte, wußte er selbst nicht anzugeben, wie er da hinein gekommen wäre. Man wagen auch die Zeitungen offen zu drucken, was seit Monaten überall gesprochen wurde. Danach hat Deschanel schon in den letzten Jahren seiner Amtspräsidenten auf Gedächtnisverlusten gelitten, was auf Ueberarbeitung zurückzuführen ist. Als Brand in offener Kammerung seine Kandidatur proklamierte, äußerte Deschanel am ganzen Leib, unmittelbar nach der Ueberlieferung ins Kissen brach er zusammen.

Die kommende Meßsteuer. In der vorigen Woche fanden in Berlin Vorgesprächen über die Meßsteuer statt. Die sächsische Regierung stimmte an und für sich zu, erklärte aber, eine 50-prozentige Steuer von der Friedensmeße sei viel zu hoch. Von den übrigen Bundesstaaten wurden ebenfalls Bedenken erhoben. Die sächsische Regierung ist der Ansicht, daß das Meßsteuergesetz in der bisher geplanten Form wohl keine Aussicht auf Aufnahme im Reichstag habe. Daher schweben zurzeit im sächsischen Landeshauptmannsamt Erörterungen, auf welche Weise Mittel zur Behebung der Wohnungsnot beschafft werden können.

Die Krise im Reichsfinanzministerium.

Ueber die Krise im Reichsfinanzministerium, über die wir bereits berichtet, weiß die „B. Z.“ zu melden, daß es sich um Differenzen handele, die zwischen dem Reichsfinanzminister einerseits und dem Reichspostminister und dem Reichsverkehrsminister andererseits entstanden seien. Die beiden letztgenannten Minister hätten der Beamtenschaft Zusagen bezüglich der Befoldungsordnung hinausgeschoben, die im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden seien. Man wird neuere Angaben

abwarten müssen, ehe der wahre Sachverhalt zu erkennen ist.

Das Rücktrittsgeheiß des Reichsfinanzministers wird in der Presse nur kurz besprochen. Die „Post-Zeitung“ glaubt, daß diese Ministerkrise bald wieder beseitigt sein wird, denn grundsätzlich werde das Reichsamtstrittsgesetz den Forderungen des Reichsfinanzministers, keine neuen Ausgaben ohne Deckung zu machen, schließlich zustimmen. Auch der „Völkisch-Anzeiger“ glaubt nicht an ein Ausscheiden Dr. Wirts. Das „Berliner Tageblatt“ meint, mit dem Rücktrittsgeheiß, das in den Kreisen des Finanzministeriums durchaus ernst genommen werde, wolle der Finanzminister möglicherweise einen starken Druck ausüben, um seine Ansichten zur Stabilisierung und Sanierung der Finanzen durchzusetzen. Sollte er mit seinen Ansichten nicht durchdringen, so dürfte er schließlich aus seinem Amte scheiden. Als mutmaßlicher Nachfolger nennt das Blatt bereits Dr. Dernburg und den Staatssekretär Börsch. Es bringt mit dem Rücktrittsgeheiß auch die Frage der Zwangsanleihe in Verbindung und teilt mit, daß nicht die Absicht bestehe, dem Kapital durch die Zwangsanleihe eine neue Belastung aufzulegen, sondern nur mittels der Zwangsanleihe eine schnellere Mobilisierung eines Teiles des Notopfers für das Reich zu ermöglichen.

Eine Unterredung mit Hindenburg.

München. Verschiedene hiesige Zeitungen melden über eine Unterredung, die ein bayrischer Journalist in Hannover mit Hindenburg hatte. Mit warmen Worten sprach der Feldmarschall von den Bayern, die als erste nach dem Umsturz aus der Revolutionenartefakte erwacht seien und auf die er besonders vertraue. An Besprechungsgegenständen erster bayerischer Politiker wolle Hindenburg nicht glauben. Mit Worten hohen Lobes und größter Anerkennung gedachte Hindenburg der bayrischen Truppen und des Kronprinzen Rupprecht, der ein ausgezeichnete Oberführer gewesen sei, auf den die Oberste Heeresleitung sich immer habe verlassen können. Hindenburg betonte, daß die Beziehungen zwischen ihm und dem Kronprinzen Rupprecht immer die besten gewesen seien. Auch der Frage der Einwohnerwehr wachte sich das Gespräch zu. Mit Anerkennung sprach der Feldmarschall von den bayrischen Einwohnerwehren und besonders der Chiemgauwehr, die so wesentlich zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung beigetragen habe. Als die Entwaffnungsfrage mit allen ihren möglichen Folgen gestreift wurde, Trennung und Spaltung, lenkte der Feldmarschall, der sich als Soldat fühlte, ab und betonte, daß er kein Politiker und für die politischen Fragen nicht zuständig sei. Die Gefahr des Bolschewismus hält er noch nicht für völlig überwunden. Nicht wankend geworden ist Hindenburg trotz aller Erschütterungen in seinem festen Glauben an eine bessere Zukunft des deutschen Vaterlandes. Die Sturmflut der tödlichen Redensarten wird sich wieder verlaufen. Das Blut derer, die im Glauben an Deutschlands Größe gefallen sind, wird nicht vergeblich geflossen sein. Mit dem Glauben an Deutschlands Zukunft steige ich ins Grab“, sagte Hindenburg.

Bittere Wahrheiten.

München. Der Schweizer Schriftsteller Al. B. hielt in der national-sozialistischen Arbeiterpartei einen politisch-fantastischen Vortrag, worin er dem deutschen Volk als Ausländer Wahrheiten sagte. Al. B. erklärte: Das deutsche Volk ist zugrunde gegangen an vergeblichem Heldentum. Denkt an die zwei Millionen Toten, an die Krüppel, an die Gebliebenen, an die Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten, an das Heidentum der Heimat, denkt an die deutschen Offiziere. Dies sind die Männer, die nach dem Krieg haben. Ein Volk, das seine Helden vergißt, ist seiner Zukunft wertlos. Drückberger, Altmacher, Schleichhändler und Bucherer, die Stappe, die Heimat und der Hunger haben die deutsche Front erschüttert. Autorität und Vaterlandsliebe sind die beiden tragenden Balken, die aus dem Trümmerhaufen ihres Hauses ragen. Sie haben keine Achtung in der Welt, weil der deutsche Opfergeist geschwunden ist. Einig waren sie in Glück und Wohlstand, einig müßten sie sein im Leid und in der Tiefe. Machen Sie sich Schluß mit Vorzeiger und Haß. Treiben Sie eine Politik des Herzens und der Liebe. — Ein nicht endenwollender Beifall dankte dem Redner für seine Worte, die tiefen Eindruck auf die Menge machten. Umso bitterer die Empfindung für jeden Einsichtigen ist, daß ein Ausländer dem deutschen Volk die Augen öffnen muß, umso mehr muß man sich damit trösten, daß ein solcher Mann Bericht gehalten hat über deutsche Art und deutsches Wesen.

Der „Tempo“ spricht von Verständigung.

Paris. Der „Tempo“ beschäftigt sich wieder mit der Wiedergutmachungsfrage. Alle Vorwürfe, die man Frankreich mache, daß es Deutschland erdrosseln wolle seien aus der Luft gegriffen.

Frankreich wolle sich bezahlt machen. Um zu bezahlen, müsse Deutschland arbeiten. Um zu arbeiten, müsse Deutschland leben. Frankreich wüßte alles, daß Deutschland lebe. Allerdings werde es niemals zulassen, daß Deutschland nicht bezahle. Wenn sich Deutschland einbilde, daß ein Bankrott es von seiner Schuld befreien würde, so treibe es zu einer nationalen Katastrophe. Ein Bankrott würde Deutschland von nichts befreien. Er würde höchstens dazu führen, daß in Deutschland noch vieles zerstört würde. In gutem Willen zur Arbeit fehlte es Deutschland ansehnend nicht. Es fehlte ihm an Rohstoffen, ausländischen Krediten und besonders an dem nötigen geistlichen Gleichgewicht. Aus dieser Krise werde sich Deutschland nur erheben, wenn es sich bona fide mit Frankreich verständige. Wenn es sich nicht bald entscheide, so würde es diese Möglichkeit vielleicht nicht auf unbestimmte Zeit haben. Die Wiedergutmachung sei die Lebensfrage für Deutschland selbst; es sei die Hauptfrage des Friedens. Keine Ablenkung hindere die notwendige Regelung. Frankreich warte.

Deutschland darf nicht verarmt bleiben.

London, 18. September. Die „Westminster Gazette“ schreibt unter Hinweis auf die kritische Wirtschaftslage Deutschlands, es könne nicht im Interesse Englands oder Frankreichs liegen, daß Deutschland verarmt bleibe. Die Welt brauche vor allem wieder stärkere Produktion. Die Produktion in England ergebe jedoch einen Ueberfluß, den Mitteleuropa mit allen seinen Bedürfnissen nicht aufbrauchen könne. Wenn man für den kommenden Winter eine Erntebefähigkeit verhindern wolle, so müsse man die normalen Feinde durch Ermüdung größerer Kredite als bisher wieder auf die Beine stellen.

Frankreich.

Paris. Das Datum des Zusammentritts der französischen Nationalversammlung ist auf Donnerstag, den 23. September 2 Uhr nachmittags festgesetzt worden.

am 18. September. In einer Rede führte der französische Minister des Innern Stiez in bezug auf die bolschewistische Propaganda aus, daß dieselbe in Frankreich nicht die erhoffte Aufnahme gefunden habe, denn Frankreich sei kein Zufluchtsort der Reaktion und lehne die russische Revolution ab, da Frankreich nur der Boden der franz. Revolution sei. Die Regierung werde auf ihrem Gebiet — sagte der Minister — keine fremdbildliche Organisation dulden, die nicht nur durch eine Propaganda ausgeübt werde, sondern die auch offen ihren Appell an die Ungeheuerlichkeit, an Bestechung und Terror richte. Frankreich lehne sich nach Frieden und Ruhe; es wolle durch Arbeit, ohne innere Zwistigkeiten und ohne jeglichen Hintergedanken seine Aufgabe des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit erfüllen, welches Programm ihm seine Vorfahren von 1789 und 1870 aufstellten.

Kleine Mitteilungen.

am 18. September. Seitens des Finanzministeriums wird zu den Presseäußerungen über eine geplante Zwangsanleihe erklärt, daß unter den Möglichkeiten, die erwogen würden, um der Finanznot zu begegnen, sich auch die Zwangsanleihe befände. Ein positives Ergebnis sei aber noch nicht erzielt worden.

am 18. September. Das französische Konsulat wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Der vereinbarte militärische Akt vor dem Konsulat ging gestern ohne Störung bei ganz befriedigender Haltung der Truppen vor sich.

Der achtsündige Arbeitstag. Die erste große sozialpolitische Vorlage, die dem Reichstag zugehen soll, wird die gesetzliche Einführung des achtsündigen Arbeitstages in Deutschland bringen, der bisher nur in einer Verordnung der Volksbeauftragten aus den ersten Tagen nach der Revolution seine Stütze hatte.

am 18. September. In der Nacht zum 24. Oktober wird die normale Zeitrechnung in Frankreich wieder eingeführt werden.

Berlin. Im Hauptauschuß der Landesversammlung stellen sich alle Parteien im großen und ganzen hinter die in der Denkschrift der Regierung über die Neuorganisation der preussischen Polizei enthaltenen Richtlinien; nur von den Deutschnationalen wurden erhebliche Bedenken dagegen geäußert, während die Unabhängigen überhaupt keine Stellung dazu nahmen.

Keine Abkämpfung deutschen Papiergeldes. Im Auslande scheinen Gerüchte verbreitet zu werden, daß das Deutsche Reich die Abkämpfung seines Papiergeldes vornehmen werde. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese Gerüchte jeglicher Begründung entbehren.

München. Der Landesvorstand der bayrischen Unabhängigen hat die Mosauer Bedingungen abgelehnt.

Berlin. Von zuständiger preussischer Seite wird mitgeteilt, daß die in Berliner Blätter übergegangene Nachricht der „Süddeutschen Zeitung“ über die bevorstehende Abtretung preussischer Gebiete an

Zur Behandlung des Geistesleidens. Bei der vorstehenden Freigabe des Fleischhandels ist vorzuziehen, daß wir uns dem Gefrierfleisch mehr anwenden, als bisher, sei es, weil es uns zugänglicher werden wird, sei es, weil das einheimische Fleisch im Preise steigen mag. Deshalb hier einige Wortwort. Das Aufhängen des Fleisches muß zunächst in trocknem Raume vor sich gehen je reicher das Material, desto größer der Verlust an Fleischhaft. Das Fleisch muß vor dem Gebrauch vollständig eingetaucht sein. Gefrierfleisch soll bald möglich nach dem Auftauen verbraucht werden. Wird ein fingeres Aufschneiden beabsichtigt, muß das Fleisch nach Entfernung der Knochen mittels Aufschneidung nach Art der Kollanten zu sammengebunden, mit einer dünnen Schicht Salz vollständig bestrichen und zur Verhinderung des Fäulens an kühlen mit dunklen Orte aufbewahrt werden. Der Fleischsaft aus den Schöpfeln kann zur Bereitung der Sodens dienen. Zubereitung: 1. Braten und Dammelkochen: sehr heilbar Oden. 2. Rohbraten: sehr starke Blamme. 3. Schmorbraten in der Flamme: mit dem Fleischsaft befeigen, jedoch das Fleisch angebraten ist. 4. Suppenfleisch: Fleisch und Knochen sollen mit kaltem Wasser angelegt werden.

